Bitkom e.V. | Presseinformation

Analoge Ämter bremsen Wirtschaft aus

- **Drei von vier Unternehmen sehen fehlende Verwaltungsdigitalisierung als Standortnachteil**
- **Nur 2 Prozent können mit Behörden durchgängig digital kommunizieren**
- **Wintergerst: „Verwaltungsleistungen müssen von Anfang bis Ende digital sein“**

Berlin, 12. Oktober 2026 - Die schleppende Digitalisierung der Verwaltung belastet die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Für drei Viertel der Unternehmen (75 Prozent) ist die digitale Rückständigkeit der für sie zuständigen Ämter und Behörden ein internationaler Standortnachteil. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung von 603 Unternehmen ab 20 Beschäftigten im Auftrag des Digitalverbands Bitkom. „Viele Unternehmen kommunizieren selbst rein digital, müssen speziell für Behörden aber noch analoge Verfahren vorhalten. Dieser Zwang zum ständigen Hin und Her zwischen analogem und digitalem Informationsaustausch kostet Zeit und Geld und bringt nichts“, so Bitkom-Präsident Dr. Ralf Wintergerst.

Aktuell ist im Kontakt mit Behörden der Wechsel zwischen digitalen und analogen Wegen die Regel. Bei 60 Prozent der Unternehmen bieten die Behörden, mit denen sie zu tun haben, digitale und analoge Kommunikation zu gleichen Teilen an. Lediglich ein Drittel (33 Prozent) kann zumindest überwiegend digital kommunizieren, etwa per E-Mail oder über Webportale. Ausschließlich digitale Wege können nur 2 Prozent der Unternehmen nutzen. Ebenfalls 2 Prozent sind gezwungen, überwiegend auf analoge Kommunikation wie Brief oder Fax zurückzugreifen, kein Unternehmen berichtet von rein analoger Kommunikation mit Behörden. „Die Verwaltung ist auf dem Weg ins Digitale, aber noch lange nicht am Ziel. Zu oft beginnt ein Vorgang online und endet doch auf Papier“, sagt Bitkom-Präsident Dr. Ralf Wintergerst. „Jeder Medienbruch kostet auch die Verwaltungen selbst Zeit und Geld. Verwaltungsleistungen müssen von Anfang bis Ende digital sein.“

Viele Probleme, die Unternehmen beim Kontakt mit Behörden beklagen, haben mit fehlender durchgängiger Digitalisierung zu tun. Für 43 Prozent ist es ein großes Problem, dass sie dieselben Daten wiederholt bereitstellen müssen. Fast ebenso viele (42 Prozent) beklagen, dass Unternehmenssoftware und Verwaltungsplattformen nicht miteinander verbunden sind. 39 Prozent fehlen vollständig digitale Verwaltungsleistungen, bei Unternehmen ab 500 Beschäftigten sind es sogar 56 Prozent. 33 Prozent bemängeln, dass Unterlagen in Papierform vorgelegt werden müssen.

Ganz oben auf der Mängelliste stehen allerdings Wartezeiten auf notwendige Termine, 57 Prozent sehen darin ein großes Problem. Ebenso viele (57 Prozent) nennen umfangreiche Dokumentations- und Berichtspflichten. Dahinter folgt die lange Bearbeitungsdauer von Anliegen mit 52 Prozent. Nur 5 Prozent sehen darin überhaupt kein Problem. Mit 34 Prozent nennt zudem rund ein Drittel unklare Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung, ähnlich viele fehlende eindeutige Ansprechpartner (32 Prozent) und hohe Gebühren (30 Prozent). Mangelnde Kompetenz der Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter wird dagegen nur von 18 Prozent genannt.

6 von 10 Unternehmen nennen die Bürokratie einen Bremsklotz für die Digitalisierung des eigenen Unternehmens (62 Prozent). Bei Unternehmen ab 500 Beschäftigten sind es sogar 71 Prozent. Insgesamt bewerten die Unternehmen den Stand der Digitalisierung in deutschen Behörden derzeit im Schnitt nur mit der Schulnote „ausreichend“ (3,9). Ein gutes Drittel (37 Prozent) vergibt mindestens die Note „befriedigend“, darunter 5 Prozent ein „gut“. 35 Prozent geben ein „ausreichend“, mit 25 Prozent hält ein Viertel den Stand aber auch für mangelhaft oder ungenügend.

Entsprechend klar ist die Erwartung an die Politik: 84 Prozent der Unternehmen wollen, dass die Digitalisierung der Verwaltungen mit Priorität angegangen wird. „Die Richtung stimmt. Mit dem Deutschland-Stack und der Registermodernisierung sind wichtige Projekte auf dem Weg, jetzt kommt es auf die Prioritäten bei der Umsetzung in Bund, Ländern und Kommunen an“, sagt Wintergerst.

„Zum Jahreswechsel startet in Deutschland die EUDI-Wallet für Bürgerinnen und Bürger unter dem Namen d-you. Unternehmen brauchen rasch ihr Gegenstück: Mit der European Business Wallet könnten sie sich gegenüber Behörden einmal digital ausweisen, Nachweise sicher hinterlegen und müssten dieselben Daten nicht immer wieder neu einreichen.“ Die Pläne zur 24-Stunden-Gründung könnten dabei nach Ansicht des Bitkom eine Blaupause für One-Stop-Shop, durchgängig digitalisierte Verfahren, Datenaustausch und schnelle Bearbeitung sein.

Smart Country Convention vom 13. bis 15.Oktober 2026

Wie sich die Digitalisierung von Verwaltungen voranbringen lässt, ist auch Thema der Smart Country Convention, Deutschlands führende Veranstaltung für die Digitalisierung des öffentlichen Sektors. Vom 13. bis 15. Oktober 2026 kommen auf dem Berliner Messegelände mehr als 23.000 Expertinnen und Experten aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen. Es werden mehr als 850 Speaker auf insgesamt sieben Bühnen erwartet, darunter **Dr. Karsten Wildberger**, Bundesminister für Digitalisierung und Staatsmodernisierung, **Gonçalo Matias**, portugiesischer Minister für Staatsreform und öffentliche Verwaltung, **Alois Rainer**, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, **Ina Scharrenbach**, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen sowie **Bitkom-Präsident** Dr. Ralf Wintergerst. Zudem erwarten Besucherinnen und Besucher über 600 Aussteller und vielfältige Weiterbildungsangebote direkt vor Ort. Alle Informationen gibt es unter www.smartcountry.berlin

Kontakt

Andreas Streim
Pressesprecher
Telefon: +49 30 27576-112
E-Mail: a.streim@bitkom.org
Download Pressefoto

Marc Danneberg
Leiter Public Sector
Download Pressefoto
Nachricht senden

Christian König
Manager Public Sector
Download Pressefoto
Nachricht senden

Hinweis zur Methodik

Grundlage der Angaben ist eine Umfrage, die Bitkom Research im Auftrag des Digitalverbands Bitkom durchgeführt hat. Dabei wurden 603 Unternehmen ab 20 Beschäftigten in Deutschland telefonisch befragt. Die Befragung fand im Zeitraum von KW 35 bis KW 39 2026 statt. Die Umfrage ist repräsentativ für die Gesamtwirtschaft. Die Fragen lauteten: „Welche der folgenden Aussagen zum Thema Verwaltung und Behörden treffen auf Ihr Unternehmen oder Ihrer Meinung nach zu bzw. nicht zu?“, „Welche Kommunikationsformen bieten die Behörden, mit denen Ihr Unternehmen zu tun hat, Ihnen in der Regel an?“, „Wenn Sie an den Kontakt Ihres Unternehmens zu Behörden denken, was sind dabei die größten Probleme?“ und „Wie bewerten Sie den Stand der Digitalisierung in deutschen Behörden auf einer Schulnoten-Skala von 1 Sehr gut bis 6 Ungenügend?“

Direktlink: ***https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Analoge-Aemter-bremsen-Wirtschaft-aus***